Europa braucht eine klare Zukunft

Politik

02.2

Die EU benötigt pragmatische, rationale und kosteneffiziente Lösungen, um zu einem Beispiel für nachhaltige Entwicklung für andere Industrienationen und Schwellenländer zu werden.

Rund fünf Jahrzehnte bewegte sich Europa auf einem gradlinigen Integrationskurs: Friedenssicherung und Vertrauensaufbau durch die Römischen Verträge, Wachstum und Wohlstand in der Zollunion, enge Zusammenarbeit bei den Schlüsselindustrien Kohle und Stahl durch die Montan-Union und im Agrarsektor. Hochrangige und charismatische Vertreter der europäischen Idee sorgten dafür, dass der EU-Beitritt attraktiv war. Es gelangen die Schaffung des Binnenmarktes, der Aufbau einer europäischen Identität und eines europäischen Profils gegenüber der restlichen Welt.

EUROPA MIT NEGATIVER BILANZ

Die jüngste Stärkung der europäischen Institutionen hat die Integration nicht weiter befördert: Die Kommission verstärkt durch Bürokratie und Regulierung zunehmend Desintegration und Entfremdung. Die Einführung des Euro überforderte den heterogenen Wirtschaftsraum der EU. Die geplante einheitliche Außenpolitik scheitert an den unterschiedlichen Doktrinen der Mitgliedstaaten. Die Bankenkrise und die Überschuldung der öffentlichen Haushalte offenbaren, dass viele Mitgliedstaaten nicht für Europa arbeiten, sondern von Europa leben wollen.

Die europäische Rechtsprechung greift tief in nationale Kultur- und Geschäftstraditionen ein. Es gelingt nicht, ein einheitliches europäisches Rechtsbewusstsein aufzubauen. Der Fokus der EU-Politik liegt zu sehr auf Umwelt- und Ressourcenregulierung. Das Europäische Parlament verstärkt diesen Trend noch und verstrickt sich im komplexen institutionellen Gefüge der EU.

Die Erörterungs- und Problematisierungsfunktion steht deutlich über der Entscheidungs- und Gestaltungsfunktion. Der Rat verfügt nicht über eine gemeinsame Europa-Strategie. Die Heterogenität der 28 Mitgliedstaaten stellt die Entscheidungsfindung immer wieder vor große Herausforderungen.

In der Außenpolitik konnte die EU die Nationalstaaten bisher nicht ersetzen. Für neue Handlungsfelder wie die IT-Sicherheit liefert die EU keine Lösungsbeiträge.

Visionen für Europa sind gefragt zur Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014.

Vor dem Hintergrund dieser im Saldo negativen Bilanz finden 2014 Wahlen zum Europäischen Parlament statt, und die Bürger erwarten Visionen anstelle endloser Diskussionen.

DIE EU-AGENDA IST ZU UMFASSEND

Ein durchregulierter europäischer Staatenbund ist auf dem Wege, die europäische Vision und Vielfalt zu zerstören. Mit einer Transferunion werden die Verantwortung der Einzelstaaten suspendiert, private Gläubiger aus der Haftung entlassen und individuelles Engagement geschwächt. Wenn der europäische Integrationsprozess zunehmend auf staatlich-administrativem Zwang beruht, ist es nicht verwunderlich, dass die Skepsis der Bürger gegenüber den europäischen Institutionen und dem als alternativlos dargestellten Einigungsprozess wächst. Mit Sorge beobachten sie den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten. Die schleichende Entwicklung hin zum EU-Bundesstaat wird begleitet von einem bereits deutlich wahrnehmbaren Demokratiedefizit.

Es wird Zeit, dass sich die gesamte Gesellschaft wieder stärker um Europa kümmert und mit konstruktiver Kritik Reformen anstößt. Eine wesentliche Leitlinie dabei ist die Beschränkung. Die Kommission soll und muss sich im Interesse der europäischen Idee auf das Wesentliche konzentrieren, nicht zuletzt auch, weil die EU-Finanzressourcen knapper werden. Zur Stärkung der Akzeptanz Europas für eine vertiefte

→

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie muss zum zentralen Element aller EU-Politiken werden.

Integration bei den Bürgern ist eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips unerlässlich. Aufgaben müssen dort verortet werden, wo sie am besten gelöst werden können: europäisch, national, regional oder lokal. Außerdem müssen sich Akte der EU am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz messen lassen.

EU LOW-CARBON-KLIMA-STRATEGIE BIS 2050

Die EU entwickelt nahezu unaufhörlich langfristige Strategien bis 2050 auf Basis der Kommissionsvorlagen, den sogenannten Roadmaps. Das Europäische Parlament und der Rat begrüßen in ihren Entscheidungen diese Visionen. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt kaum Zeit, diese Bürokratie-Akte wahrzunehmen oder vertieft zu erörtern.

Die EU-Kommission hat unterschiedliche Fahrpläne seit 2011 entwickelt: die Low-Carbon-Klima-Roadmap 2050, die Ressourceneffizienz-Roadmap und die Energie-Roadmap 2050. Während die Klima-Roadmap ihren Schwerpunkt auf der Verringerung von Treibhausgasemissionen in der europäischen Wirtschaft um 80 bis 95 Prozent hat, zeigt die Energie-Roadmap verschiedene Wege zur Erreichung der formulierten, aber nicht abschließend oder demokratisch legitimierten Ziele auf. Hierbei werden Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit thematisiert mit dem Fokus auf der Frage, wie Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit durch die Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft verbessert werden können.

Im aktuellen Grünbuch zur Energie- und Klimapolitik schlägt die Kommission vor, den Klimaschutz auf das Ziel der CO_2-Minderung zu beschränken. Damit kommt die Kommission den Forderungen der Industrie entgegen, beim Klimaschutz eine Zielhierarchie einzuführen, um die kostentreibenden Überlappungen der Klimaschutzinstrumente abzubauen. Konkret sollen die CO_2-Emissionen in Europa gegenüber 1990 bis 2030 um 40 Prozent sinken. Das EU-Ziel für den Ausbau der Erneuerbaren Energie soll verbindlich auf 27 Prozent Anteil am Endenergieverbrauch in 2030 festgeschrieben werden. Wie, das ist künftig Sache der Mitgliedstaaten.

DIE NATIONALE ENERGIEWENDE GELINGT NUR EUROPÄISCH

Die deutsche Energiewende kann nur gelingen, wenn sie europäisch integriert ist. Die Energiepolitik Berlins und der Länder muss mit der europäischen Energiestrategie und der unserer Nachbarstaaten koordiniert werden. Die beihilferechtlichen Prüfungen des EU-Wettbewerbskommissars und die vor dem Europäischen Gerichtshof anhängige Prüfung der Fördersysteme für Erneuerbare Energien auf Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt und der Freizügigkeit des Handels in der Union sind eindeutige Warnsignale.

Energie muss sicher, sauber und bezahlbar bleiben. Ohne diese grundlegenden Voraussetzungen ist Europa ökonomisch nicht überlebensfähig. Auch wenn Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Energiepolitik zwischen EU und Mitgliedstaaten aufgeteilt sind, so müssen die Ziele gemeinsam aufgestellt und verantwortet werden.

Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit muss als Ziel gleichberechtigt neben europäisch harmonisierten CO_2-Minderungszielen stehen. Für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen realistische Ziele und ein solider Finanzrahmen gefunden werden. Durch die Etablierung des europäischen Emissionshandels hat die Förderung der Erneuerbaren Energien ihre Funktion als Instrument des Klimaschutzes eingebüßt.

Der Emissionshandel sorgt durch das Cap und die Reduktionsfaktoren für eine sichere Erreichung der CO_2-Minderungsziele, sogar im jetzt vorgeschlagenen verschärften Rahmen.

BELASTUNGSKONFLIKTE ZWISCHEN INDUSTRIEN LÖSEN

Unterschiedliche Mechanismen und Ziele zur Förderung von bestimmten Energiequellen führen zu unterschiedlichen Belastungsniveaus für die Energieverbraucher und sorgen dadurch für eine massive Wettbewerbsverzerrung zwischen stromintensiven Unternehmen innerhalb des europäischen Binnenmarkts.

Unbeschadet der gegenwärtigen rechtlichen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten muss die EU auch die Entlastungen von Umlagen zur Finanzierung Erneuerbarer Energien für energieintensive Industrien harmonisieren. Ein solcher Rahmen sollte gleiche Bedingungen für Unternehmen innerhalb Europas schaffen und deren Wettbewerbsposition außerhalb Europas wahren. Diese Harmonisierung muss die energieintensiven Industrien stärken, die wesentliche Beiträge für die Wertschöpfungskette leisten.

Die EU muss darauf achten, nicht nur die Vorreiterrolle beim Klimaschutz im Blick zu haben, sondern muss auch seine industrielle Basis und Wettbewerbsfähigkeit erhalten und weiter steigern. Nur wenn es gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungsketten innerhalb eines ressourceneffizienten Systems zu stärken, wird der Rest der Welt dem Vorbild Europas folgen.

Die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer beobachten die europäische Entwicklung sehr präzise. Eine entsprechende Vorreiterrolle kann global gelingen, wenn entsprechende Politikmaßnahmen auf EU-Ebene nicht zu Carbon-, Job- und Investition-Leakage führen. Solange kein Level Playing Field für die europäische Industrie existiert, müssen deshalb auch alle Anti-Carbon-Leakage Instrumente Bestand haben.

DIE BEDEUTUNG DER INDUSTRIE FÜR DIE GESELLSCHAFT HERAUSSTELLEN

Europa ist der Geburtsort der modernen Industrie. In den vergangenen Jahren vollzog sich jedoch in sehr vielen Staaten der EU bei eher schwachen Wachstumsraten ein politisch induzierter struktureller Wandel zum Nachteil der Industrie. Zudem traten auf EU-Ebene ehrgeizige neue politische Ziele – insbesondere im Klima- und Umweltschutz – gegenüber dem Ziel einer starken, wohlhabenden und innovativen europäischen Wirtschaft in den Vordergrund.

Die intensive ökonomische Vernetzung hat Europa stark gemacht, den Wohlstand gemehrt und den Menschen ein hohes Maß an Sicherheit und Zufriedenheit gebracht. Die Bedeutung der Wirtschaft für die Entwicklung Europas ist eminent. Versuche, auf

→

WVM-Präsident Oliver Bell (links) im Gespräch mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Industrie erfüllt gesellschaftliche Verantwortung – Politik erkennt Bedeutung von Industrie

die ökonomische Entwicklung stärkeren politischen Einfluss zu nehmen, führen in die europäische Desintegration. Das ist kein Freibrief für frühliberales ungehemmtes ökonomisches Verhalten, sondern die Warnung vor Überregulierung und Strangulierung unternehmerischer und wettbewerblicher Dynamik.

EU-INDUSTRIEPOLITIK ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Die Exporterfolge Deutschlands und anderer EU-Länder beruhen auf der Nachfrage nach wettbewerbsfähigen Qualitätsprodukten. Die administrative Begrenzung wirtschaftlicher Tätigkeit, wie sie die EU-Kommission derzeit erwägt, legt die Axt an den Kern der europäischen Idee, gemeinsam Erfolg und Wohlstand zu erarbeiten. Die Kommission sollte nicht übersehen, wo sich die Eckpfeiler der europäischen Volkswirtschaft befinden. So sollte es auch nicht schwer fallen zu akzeptieren, dass mehr Wettbewerbsfähigkeit für die gesamte EU nicht durch ein Cap für die Stärksten, sondern nur durch eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit aller erreicht werden kann.

Die EU-Industriepolitik ist gefangen zwischen Anspruch und Realität. Ernsthaften und richtigen Ansätzen fehlt nicht selten die Kraft für die Umsetzung. Der Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung der EU ist 2013 weiter auf 15,1 Prozent gesunken. Ziel ist nach den Erklärungen der Kommission ein Anstieg auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020.

Industriepolitik muss auf Wachstum und Beschäftigung setzen, nicht auf Regulierung und Ängste. Der Fokus muss auf positiven Rahmenbedingungen für eine ganzheitliche nachhaltige Wirtschaftsstruktur liegen. Grundstoffindustrien stellen die Basis einer funktionierenden innovativen Wertschöpfungskette dar.

NEUAUSRICHTUNG AUF WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EU

Da die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ein zentrales Element der gesamten EU-Politik werden muss, um das Ziel eines 20-prozentigen Industrieanteils zu erreichen, muss der institutionelle Rahmen sowohl auf der Ebene des Rates als auch auf der Ebene der Kommission angepasst werden. Auf der Ebene der Europäischen Kommission sollte die Struktur an das Ziel der industriellen Renaissance angepasst werden. Die Kommission sollte dafür eine oder mehrere ihrer Institutionen mit neuen und wirklich greifenden Befugnissen versehen, die gewährleisten, dass Initiativen der EU diese Renaissance der Industrie nicht gefährden oder ihr abträglich sind. Vorzugsweise wäre eine gestärkte Rolle des Industriekommissars denkbar, um zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie eingreifen zu können. Alternativ könnten dem Präsidenten der Kommission umfangreichere Befugnisse zur Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit eingeräumt werden. Darüber hinaus müssen der Präsident und sein Generalsekretariat die koordinierende Rolle erfüllen, um auf mehr Kohärenz bei der EU-Gesetzgebung zu drängen, kumulative Wirkungen der Gesetzgebung stärker zu berücksichtigen und die Wettbewerbsfähigkeit als zentrales Anliegen der Europäischen Union Politik übergreifend zu fördern.

Wenn diese neue Politik aus pragmatischen, rationalen und kosteneffizienten Lösungen besteht und wieder mit dazu beiträgt, den europäischen Gedanken auch emotional aufzuladen, dann kann Europa zugleich für andere Industrienationen und Schwellenländer zu einem Beispiel für eine nachhaltige Entwicklung werden. Diesen Weg muss Europa schnellstens einschlagen.

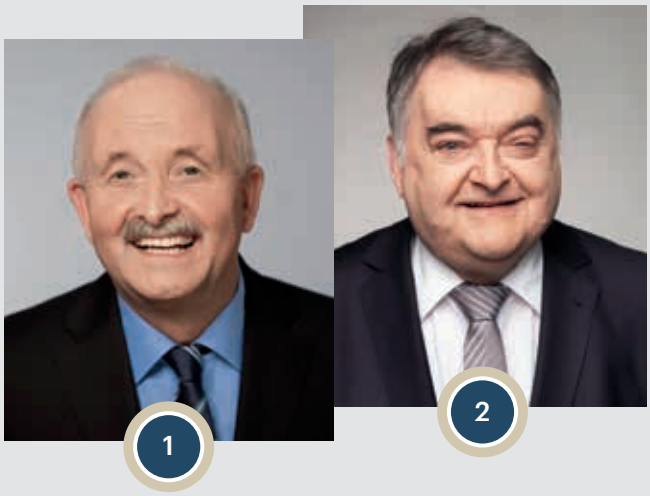
→|

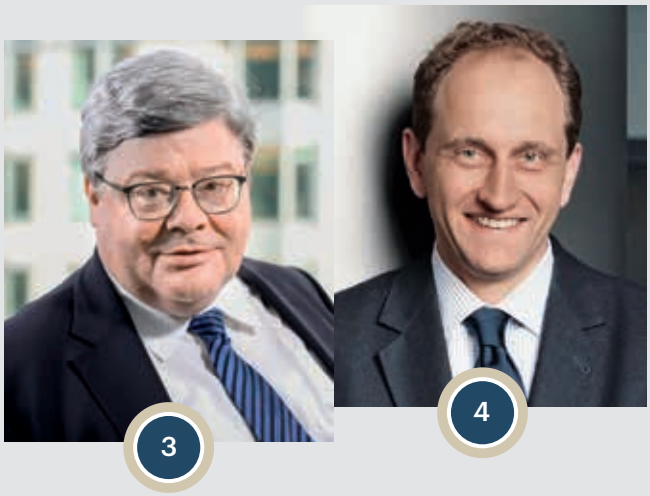
AUTOR
Rolf Kuby leitet das Europabüro der WirtschaftsVereinigung Metalle in Brüssel.
Sie erreichen ihn unter kuby@wvmetalle.de

Europa heute und morgen

4 Fragen / 4 Antworten

4 Europa-Abgeordnete im Gespräch





1 UDO BULLMANN
SEIT 1999 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.udo-bullmann.de

2 HERBERT REUL
SEIT 2004 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.herbert-reul.de

3 REINHARD BÜTIKOFER
SEIT 2009 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.reinhardbuetikofer.eu

4 ALEXANDER GRAF LAMBSDORF
SEIT 2004 MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS
www.lambsdorffdirekt.de

Europa heute und morgen

WELCHE EUROPÄISCHEN REFORMEN STEHEN AUF IHRER AGENDA GANZ OBEN?

UDO BULLMANN

Neben einer verstärkten Regulierung der Finanzmärkte (insbesondere einem verbesserten Verbraucherschutz) darf auch die Realwirtschaft nicht aus dem Auge gelassen werden. Um Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen, brauchen Unternehmen Zugang zu einer verlässlichen langfristigen Finanzierung.

HERBERT REUL

Wenn die Menschen in Europa in 10 Jahren noch Arbeitsplätze und Wohlstand haben wollen, dann müssen wir auf Wachstumspolitik setzen. Das bedeutet Sicherung und Entwicklung von Industrie, statt sie weiter mit Auflagen zu belasten. Der Weg sind eine kluge Wettbewerbspolitik und ein Ende der übertriebenen staatlichen Vorschriften.

REINHARD BÜTIKOFER

Europa braucht eine Industriepolitik, in der Wettbewerbsfähigkeit mit Nachhaltigkeit verbunden wird. Innovation muss obenan stehen. Recycling, Energie- und Ressourceneffizienz müssen durch Forschung, Investitionen und Reformen beim Rechtsrahmen vorangebracht werden.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Europa braucht dringend Wachstumsimpulse. Nur in einem funktionierenden Binnenmarkt kann eine dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaft entstehen. Daher setzen wir uns für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein, vor allem in zukunftsträchtigen Branchen wie der Informationstechnologie. Außerdem gilt es, den Freihandel voranzutreiben und die Bürokratie abzubauen.

WARUM SOLLTEN SICH EUROPA-POLITIKER MIT INDUSTRIEPOLITIK BESCHÄFTIGEN?

UDO BULLMANN

Der industrielle Sektor ist für die EU von großer Bedeutung: Er schafft jeden dritten Arbeitsplatz. Wir können keine der großen globalen Herausforderungen (Klimawandel, Bekämpfung von Armut und Unterversorgung, Balance zwischen Ökonomie und Ökologie) ohne eine aktive und koordinierte EU-Industriepolitik bestehen.

HERBERT REUL

In der EU sind seit 2007 3,8 Millionen Industriearbeitsplätze weggefallen. Damit Europa wettbewerbsfähig bleibt, ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die die Industrie fördern. Nur so können wir Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand sichern und schaffen. Es sollte ein Wettbewerbscheck für jedes neue Gesetz eingeführt werden, damit nicht Gesetze beschlossen werden, die der Industrie schaden.

REINHARD BÜTIKOFER

Ohne eine innovations-orientierte Industriepolitik wird Europa auf globaler Bühne wirtschaftlich nicht erfolgreich sein. Der Wettbewerb wartet nicht. Wer das Thema nicht ernsthaft anpackt, ignoriert dabei ein entscheidendes Instrument zur Gestaltung von Europas Zukunft.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Die Finanzkrise hat gezeigt: Länder mit starker Industrie haben sich viel schneller erholt. Industriepolitik ist auch künftig ein Garant für Wachstum und Wohlstand. Ein gemeinsamer Markt, koordinierte Handelspolitik, Arbeitnehmerfreizügigkeit – das sind Themen, die die gesamte EU betreffen. Eine verstärkte Zusammenarbeit in diesen Schlüsselbereichen ist daher unerlässlich.

WAS KANN DEUTSCHLAND IN DER EUROPAPOLITIK BESSER MACHEN?

UDO BULLMANN

Deutschland hat ein vitales Interesse am Gelingen der europäischen Einigung. Das muss es in seiner Europapolitik immer deutlich machen. Dazu gehört der Einsatz für ein sozialeres Europa, das Wachstum und soziale Sicherheit verbindet. Deutschland sollte sein Gewicht einbringen, ohne falsche Besserwisserei.

HERBERT REUL

Deutschland muss mehr Impulse setzen, die Wachstum bringen und den Wettbewerb fördern. Innovation und Forschung müssen im Vordergrund stehen, wenn wir weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen wollen. Auf Deutschland kommt als größter Mitgliedstaat in diesem Prozess eine führende Rolle zu.

REINHARD BÜTIKOFER

Deutschland darf nicht auf eine einseitige Austeritätspolitik setzen, sondern muss auf Investitionen fokussieren. Wirtschafts-, Industrie- und Rohstoffpolitiken müssen europäisch aufeinander abgestimmt werden. Nach außen braucht die EU eine gemeinsame Stimme.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Energie muss für alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch für mittelständische Betriebe, Handwerk und Industrie bezahlbar bleiben. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung langfristig in ein europaweites Mengensystem zu überführen. Das bedeutet, die Entwicklung von Erneuerbaren Energien nicht mehr über hohe Garantiepreise zu fördern. Vielmehr werden die Energieversorger verpflichtet, ihren Kunden einen bestimmten Anteil Erneuerbarer Energien zu verkaufen.

WAS KÖNNEN SIE PERSÖNLICH TUN, DAMIT DIE EUROPÄISCHE INDUSTRIE WÄCHST UND DER AUSSTOSS VON KLIMAGASEN SINKT?

UDO BULLMANN

Um dieses Doppel-Ziel zu erreichen, dürfen Politikfelder wie etwa die Handels-, Wettbewerbs-, Energie- und Umweltpolitik nicht losgelöst nebeneinander stehen, sondern müssen wie Zahnräder ineinander greifen. Die SPD im Europaparlament setzt sich für solch kohärente und umfassende Strategien ein.

HERBERT REUL

Hohe Energiekosten belasten Europas Industrie und damit auch unmittelbar europäische Arbeitsplätze, und übertriebene Klimaauflagen sowie strikte Regulierungen machen es nicht einfach, dagegen anzukommen. Dafür brauchen wir eine starke Mehrheit im Europäischen Parlament, die der europäischen Industrie zu mehr Wachstum verhelfen kann.

REINHARD BÜTIKOFER

Ich werde weiter die Reformen verfolgen, die in meinem Industriepolitik-Bericht dargelegt sind: RISE = Renaissance of Industry for a Sustainable Europe.

ALEXANDER GRAF LAMBSDORF

Um die Ziele des Klimaschutzes in Einklang mit einer wachsenden Wirtschaft zu bringen, müssen wir regionale Vorteile in Europa besser nutzen. Ich werde mich daher für ein gemeinsames europäisches Energienetz stark machen, damit die Stromkosten langfristig stabil bleiben. Dies ist gerade bei energieintensiven Industriezweigen unerlässlich, um Beschäftigung und Wachstum zu sichern.